



Ausschussdrucksache 20(9)191

29.11.2022

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
10178 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Stellungnahme

BDI-Stellungnahme anlässlich öffentlicher Sachverständigenanhörung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages am 30. November 2022 zum Thema Rohstoffsicherung

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Einleitung	6
1. Herausforderungen	7
2. Lösungen	7
Heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung stärken (1. Säule)	7
Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland (2. Säule)	10
Recycling und Kreislaufwirtschaft (3. Säule)	11
3. Weitere Anmerkungen	12
Über den BDI	14
Impressum	14

Zusammenfassung

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Abhängigkeit und Verwundbarkeit Deutschlands von russischen Energieträgern deutlich gemacht. Aber nicht nur hier: Bei kritischen mineralischen Rohstoffen wie Seltenen Erden ist die Abhängigkeit, insbesondere von China, bereits wesentlich größer.

Rohstoffe werden gerade von Russland als Waffe eingesetzt. Deutschland ist erpressbar. Die politische Zeitenwende ist auch eine Zeitenwende für die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen. Im Gegensatz zu Öl und Gas gibt es bei kritischen mineralischen Rohstoffen keine nationalen Reserven. Ein Lieferstopp würde die deutsche Industrie sofort und weitreichend treffen. Ohne Rohstoffe wird es keine Energiewende, keine E-Mobilität, keine Digitalisierung, keine Industrie 4.0 geben – aber auch keinen Infrastrukturausbau, keine Ernährungssicherheit und keine schlagkräftige Verteidigungsindustrie.

Der Wettlauf um strategisch wichtige Rohstoffe ist in vollem Gang. Dabei drohen Deutschland und Europa im Wettbewerb mit anderen Ländern wichtige Rohstoffquellen zu verlieren. Die Folge: Abhängigkeiten vergrößern sich. Um aktiv und ehrgeizig mit diesen Herausforderungen umzugehen, muss die Versorgung mit kritischen Rohstoffen als strategisch für die nationale Sicherheit gelten.

Deutschland und Europa sollten sich entlang der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette diversifizieren und unabhängiger aufstellen. Das Ziel sind integrierte Wertschöpfungsnetzwerke von der Förderung über die Weiterverarbeitung, industriellen Fertigung bis zum Recycling in Europa und mit zuverlässigen Partnern.

Dazu bedarf es einer ganzheitlichen und strategischen Rohstoffpolitik, die auf drei Säulen basieren muss: Der Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung (Säule 1), dem Zugang zu Rohstoffen aus dem Ausland (Säule 2) sowie Recycling und Kreislaufwirtschaft (Säule 3). Dabei kann keine Säule allein die Rohstoffsicherheit Deutschlands und Europas gewährleisten.

Für den BDI heißt dies:

1. Geopolitische Versorgungsrisiken durch Wertschöpfungs- und Drei-Säulen-Strategie reduzieren. Deutschland und Europa sollten sich diversifizieren und unabhängiger aufstellen. Das Ziel sind integrierte Wertschöpfungsnetzwerke für strategische Bereiche in Europa und mit zuverlässigen Partnern. Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen gehört in die nationale Sicherheitsstrategie. Die Versorgungssicherheit Deutschlands gewährleisten Importrohstoffe, heimische Rohstoffe und Recyclingrohstoffe nur zusammen.

2. Nimby-Mentalität begegnen: Heimischen Bergbau fördern und gesellschaftsfähig machen. Jede Tonne heimischen Rohstoffabbaus reduziert die Importabhängigkeit und stärkt die Resilienz und Versorgungssicherheit Deutschlands. Bergbau muss raumplanerisch ermöglicht, Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Die weiterverarbeitende Industrie benötigt wettbewerbsfähige Energiepreise und ausreichend Strom. Bildungs- und Aufklärungsinitiativen zur gesellschaftlichen Akzeptanz müssen ausgebaut werden.

3. Den Schritt wissenschaftlich begleiteter Fracking-Probepbohrungen gehen. Heimische Schiefergasförderung unter Einsatz modernster Fracking-Verfahren mit höchsten Standards sollten einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Importabhängigkeit leisten und als bezahlbarer Energieträger die Energieversorgung in Deutschland sichern. Im Gegensatz zu importiertem LNG-Gas entsteht ein geringerer CO₂-Fußabdruck. Heimische Schiefergasförderung wäre ein Gewinn für die Klimabilanz und Versorgungssicherheit.

4. Internationale Rohstoffkooperationen und Abbau kritischer Rohstoffe im Ausland fördern. Durch eine andere Gewichtung des Faktors Versorgungssicherheit beim staatlichen Instrument der Ungebundenen Finanzkredite (UFK) sollten gezielt langfristige Abnahmeverträge unterstützt und zusätzlich ein neues Risikokapitalinstrument geschaffen werden. Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern mit hohen Standards müssen intensiviert und kritische Rohstoffe als Komponente in Handels-, Investitions- und entwicklungspolitischen Abkommen verankert werden, um nachhaltigere Exploration und Raffinierung vor Ort zu fördern.

5. Innovationen für Kreislaufwirtschaft heben und Inkohärenzen vermeiden. Es braucht geeignete Rahmenbedingungen für eine Kreislaufwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette, die eine Verwendung von Recyclingmaterialien und industriellen Nebenprodukten sowie private Investitionen fördern. Innovationen bei Herstellungs-, Aufbereitungs- und Verwertungsverfahren sollten über Forschungsförderung unterstützt werden. Es sollte vermieden werden, dass Lieferkettengesetze, EU-Chemikalienrecht und Taxonomie die notwendige Diversifizierung der Rohstoffversorgung gefährden.

Politische Aktivitäten sollten Unternehmen insbesondere bei den Themen Diversifizierung, Rohstoffmonitoring für kritische Rohstoffe sowie Lagerhaltung (z. B. durch steuerliche Incentivierung) unterstützen und **marktwirtschaftliche Anreize** für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft **setzen**. Unverhältnismäßige und kontraproduktive Vorschriften für Unternehmen gilt es zu vermeiden. Um einer Deindustrialisierung entgegenzuwirken, benötigen wir dringend auch eine Stärkung der heimischen Kapazitäten durch smarte Standortpolitik.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Lobbyregisternummer
R000534

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Ansprechpartnerin
Anne Lauenroth
E-Mail: a.lauenroth@bdi.eu

Seite
5 von 14

Einleitung

Rohstoffe stehen am Anfang der Wertschöpfungskette aller innovativen Technologien und Anwendungen. Ohne Rohstoffe keine Energiewende, keine E-Mobilität, keine Digitalisierung, keine Industrie 4.0 – aber auch keinen Infrastrukturausbau, keine Ernährungssicherheit und keine schlagkräftige Verteidigungsindustrie. Die deutsche und europäische Industrie ist daher auf eine sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung angewiesen.

Die wachsende Bedeutung von Zukunftstechnologien für eine dekarbonisierte, digitale Wirtschaft und Informationsgesellschaft im Rahmen der Erreichung der Pariser Klimaziele führt weltweit zu einem stark steigenden Rohstoffbedarf, vor allem an metallischen und mineralischen Rohstoffen. Pro Zukunftstechnologie, welche beispielsweise in Windkraftanlagen oder E-Autos zum Einsatz kommen, wird eine größere Anzahl verschiedener Rohstoffe benötigt. Auch strategische Schlüsselbranchen wie Sicherheit und Verteidigung sind auf kritische Rohstoffe angewiesen. Dieser Bedarf wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

Jedoch wird der freie und faire Zugang zu Rohstoffen oftmals durch handelsverzerrende staatliche Maßnahmen behindert. Zusätzlich erschweren hohe Länderkonzentrationen bei kritischen Rohstoffen einen sicheren Rohstoffzugang. Hinzu kommt eine verstärkte geopolitische Zuspitzung.

Konkret ist die Abhängigkeit Deutschlands von vielen mineralischen Rohstoffen, insbesondere von Metallen und Industriemineralen aus China, bereits heute größer als jene bei Erdöl und Erdgas aus Russland. Die hohe Abhängigkeit ist das Ergebnis einer gezielten staatlichen Preis- und Ansiedlungspolitik Pekings. Förderung und Weiterverarbeitung in anderen Ländern wurden damit wirtschaftlich unattraktiv. Klassische Marktmechanismen verlieren global bei mineralischen Rohstoffen seit Jahren an Bedeutung.

Im Gegensatz zu Öl und Gas gibt es bei mineralischen Rohstoffen jedoch keine nationalen (strategischen) Reserven. Ein Lieferstopp würde die deutsche Industrie folglich sofort und weitreichend treffen.

Beim Wettlauf um diese strategisch wichtigen Rohstoffe drohen Deutschland und Europa im Wettbewerb mit anderen Ländern wichtige Rohstoffquellen zu verlieren. Abnahmeverträge werden zu großen Teilen weit vor Exploration geschlossen. Die Folge: Abhängigkeiten und Versorgungsrisiken vergrößern sich.

1. Herausforderungen

Um den strategischen Abhängigkeiten entgegenzuwirken, müssen die vielfältigen Ursachen in den Blick genommen werden: Neben der global steigenden Rohstoffnachfrage und der Konzentration von Lager-, Gewinnungs- und Verarbeitungsstätten sind auch Konsolidierungsprozesse im deutschen und europäischen Bergbau, ein fehlendes globales Level Playing Field, die Zunahme staatlicher Eingriffe sowie geringere Investitionen in neue Explorationsprojekte zu nennen.

Im Bereich Bergbau stellen sich zudem Herausforderungen durch den langen und risikoreichen Zeithorizont von Projekten, mögliche Veränderungen beim Bedarf und Disruptionen durch Innovationen, ebenso durch die Bindung an Lagerstätten, die hohen Eintrittsbarrieren und Preissetzungsmonopole. Schließlich fehlt gesellschaftliches Bewusstsein und Akzeptanz für die heimische Rohstoffförderung.

2. Lösungen

Um die strategischen Abhängigkeiten zu verringern, ist es entscheidend, dass die Bundesregierung alle drei Säulen einer nachhaltigen Rohstoffversorgung verfolgt, d. h. *erstens*, die Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, *zweitens* die Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland sowie *drittens* Recycling und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Dabei kann keine Säule allein die Rohstoffsicherheit Deutschlands und Europas gewährleisten.

Heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung stärken (1. Säule)¹

Primärrohstoffe wie Steine und Erden, Kies, Sand, Kalkstein, Gips und Ton ermöglichen nicht nur den Infrastruktur- und Wohnungsbau, sondern bilden die Grundlage für u. a. wichtige Grundstoffindustrien wie die chemische Industrie, die Lebensmittelbranche, die Stahlindustrie oder die Keramikindustrie.

Neben metallischen Rohstoffen, wie z. B. Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer, Zinn, Indium und Seltene Erden für Windräder, Photovoltaikanlagen,

¹ Für detailliertere Vorschläge siehe BDI (2022): „Rohstoffe Made in Germany – Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaft.“, Juli 2022, abrufbar unter: [Rohstoffe Made in Germany – Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaft \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu/rohstoffe-made-in-germany).

Batterien oder Elektroautos, bedarf es mineralischer (Bau-)Rohstoffe und hochwertiger Industrieminerale (z. B. Quarzsande, Kaolin, Tone und Flussspat). Mineraldünger und Salz aus heimischem Abbau sichern nachhaltig die europäische Lebensmittelproduktion. Heimisches Erdgas wird noch für viele Jahre als bezahlbarer Energieträger relevant für die sichere Energieversorgung in Deutschland sein, ebenso gemäß Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) bis 2038 die heimische Braunkohle.

Was vielen nicht bewusst ist: Deutschland und Europa sind rohstoffreich. Rohstoffe wie Sand und Kies, Steinsalze und Kali decken in vielen Bereichen den deutschen Rohstoffbedarf. Große Vorkommen existieren beispielsweise auch bei Lithium und Schiefergas. Dabei findet Bergbau in Deutschland nach höchsten Transparenz- und Nachhaltigkeitskriterien statt. Der letzte Bericht der Multistakeholderinitiative D-EITI zum Rohstoffsektor in Deutschland hat dies wieder eindrücklich bestätigt.

Dabei **tragen die heimischen Rohstoffe maßgeblich zum Erreichen der politischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsziele bei**. Jede Tonne heimischer Rohstoffe, die unter hohen deutschen Bergbaustandards gewonnen wird, verringert die Abhängigkeit Deutschlands von Importen, unterstützt den Klimaschutz durch die Verringerung des CO₂-intensiven Transports und **stärkt damit die Widerstandsfähigkeit und Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas**. Die Politik sollte **Pilotprojekte für die heimische Förderung von kritischen Rohstoffen** auf nationaler und europäischer Ebene realisieren, vor allem mit Blick auf Projekte wie z. B. die Batteriezellfertigung in Deutschland.

Wenn wir das wollen, müssen alle Akteure – Politik, Industrie, Gewerkschaften und NGOs – mehr Kompromissbereitschaft zeigen und pragmatisch handeln, um die heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu stärken und zu sichern. **Bildungs- und Sensibilisierungsinitiativen zur gesellschaftlichen Akzeptanz** und wider der NIMBY-Mentalität müssen ausgebaut werden, ebenso wie rohstoffbezogene Qualifizierung. Ähnlich wie bei der Windkraft sollten Anreize für die Kommunen zur positiven Begleitung der Rohstoffgewinnung geschaffen werden.

Die deutsche Rohstoffwirtschaft braucht vor allem langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Ein Rohstoff lässt sich nur dort gewinnen, wo er lagert. Aufgrund dieser Standortgebundenheit **müssen die dafür notwendigen Flächen systematisch und langfristig raumordnerisch gesichert werden**. Entscheidungen zur Rohstoffsicherung dürfen sich dabei nicht nur an

kurzfristigen Bedarfsabschätzungen ausrichten, sondern müssen strategischer Natur sein. Nur dann ist eine effiziente, ressourcenschonende und nachhaltige Rohstoffgewinnung durchführbar.

Effiziente und transparente Genehmigungsverfahren sind ein wesentlicher Baustein für die rechtssichere Zulassung von neuen Vorhaben bzw. die Erweiterung bestehender Betriebe. Unternehmerisches Handeln und die Bereitschaft zu hohen Investitionen erfordern zwingend einen berechenbaren Rechtsrahmen und zeitlich begrenzte verwaltungs- bzw. genehmigungsrechtliche Umsetzungsfristen.

Die Bundesregierung sollte sich daher stärker für effiziente Raumplanungs-, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren einsetzen und bürokratische Hürden abbauen. Die für erneuerbare Energien angestrebte **Planungsbeschleunigung** sollte zwingend uneingeschränkt auch für die heimische Rohstoffindustrie Anwendung finden. Bei der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren spielt die Digitalisierung ebenso eine Rolle, wie die Änderung des Verfahrensrechts. Es bedarf zudem einer Stärkung der Genehmigungsbehörden durch vollständige Bündelung der Verfahren in einer qualifizierten Hand mit ausreichend starker personeller Ausstattung und Sachkompetenz in den Behörden.

Deutschland hat weltweit mit die höchsten Umwelt-, Wasser- und Naturschutzstandards im Bereich der Rohstoffgewinnung. In einigen Bereichen führen die hohen Standards jedoch nicht mehr zu einem deutlich höheren Umweltschutz, sondern werden eher zu einer Hürde für neue Rohstoffprojekte und für die Fortführung bisheriger Rohstoffaktivitäten. Gleichzeitig erlässt die EU weiterhin Gesetze, wie z. B. die Überarbeitung der EU-Industrieemissionsrichtlinie, künftige Bodenschutzgesetze, höhere CO₂-Bepreisung usw., welche die heimische Rohstoffgewinnung erheblich belasten und erschweren. Diese laufen dem Ziel, die Rohstoffversorgung zu verbessern, zuwider.

Alle Bemühungen um den Aufbau einer eigenständigen Wertschöpfungskette werden zudem scheitern, wenn die **Standortbedingungen** für die rohstoffgewinnende und -veredelnde Industrie nicht verbessert werden. Viele Hütten in Europa mussten ihre Produktion zurückfahren oder sogar stilllegen. Die De-Industrialisierung und damit die zunehmende Abhängigkeit von Importen ist bereits Realität und muss gestoppt werden.

Dies geht über die Rohstoffpolitik hinaus und zeigt, wie wichtig es ist, politische Maßnahmen im Rahmen einer strategischen (internen und externen) Standort- bzw. Industriepolitik zu konzipieren. Stichworte sind hier – neben wettbewerbsfähigen Energiepreisen und ausreichend Strom – Förderungsprogramme zur Dekarbonisierung, der Ausbau nachhaltiger (Energie-)Transportinfrastruktur, die Fachkräftesicherung sowie Carbon- bzw. Sustainability-Leakage-Schutz.

Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland (2. Säule)

Vollständige Autarkie ist Wunschdenken und in einer vernetzten Welt strategisch nicht wünschenswert. Unter den neuen geopolitischen Bedingungen gilt es, die Abhängigkeiten und Vernetzungsrisiken Europas bestmöglich zu managen und die Kontrolle über strategische Knotenpunkte in diesem Netzwerk zu stärken.

Um den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen in hochkonzentrierten Märkten zu sichern und das Risiko von Engpässen oder gar Lieferstopps zu vermeiden, sind sowohl **internationale Kooperationen** als auch **öffentliches De-Risking und Investitionen** entscheidend, um die Produktionskapazitäten und damit das Angebot zu erweitern.

In Deutschland haben wir dafür das Instrument der Ungebundenen Finanzkredite, **UFK**. Es wird bislang allerdings nicht strategisch mit Blick auf kritische Rohstoffe eingesetzt. Durch eine andere Gewichtung des Faktors Versorgungssicherheit sollten dadurch gezielt langfristige Abnahmeverträge, so genannte Off-Take Agreements, angereizt werden. Empfehlenswert ist zusätzlich auch die Schaffung eines neuen **Risikokapitalinstruments**, z. B. eines Investitionsfonds für strategische Rohstoffe, sei es national oder europäisch.

Schließlich findet noch zu wenig **rohstoffstrategische internationale Kooperation** statt. Die Kooperationen im Rahmen der Minerals Security Partnership, über die EU im Trade and Technology Council mit den USA, mit Australien und Norwegen sowie innerhalb der EU sind ein richtiger Anfang. Ebenso die jüngsten Reisen der Bundesregierung nach Chile, Kanada und Südostasien.

Was fehlt sind noch weitergehende Verzahnungen von Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik sowie mit der Global Gateway

Initiative. Neben den rohstoffreichen Ländern Australien und Kanada ist beispielsweise Brasilien überaus relevant für den kritischen Rohstoff Niob, Südafrika für die Platingruppenmetalle und die Türkei für Bormineralien. Rohstoffe gehören als Komponente in Handels- und Investitions- und entwicklungspolitische Abkommen, um **nachhaltigere Exploration und Raffinierung vor Ort mit Krediten und Investitionen zu fördern** - Zugang zu Rohstoffen beispielsweise im Gegenzug für Investitionen in Infrastruktur und Technologietransfer. Gemeinsam mit der Industrie sollte sie dort ausgearbeitet werden, wo ein echtes Potenzial und Interesse an einer skalierbaren Exploration und Raffinierung sowohl im Ausland als auch in Europa besteht.

Recycling und Kreislaufwirtschaft (3. Säule)²

Der BDI sieht das große Potenzial von Innovation und Kreislaufwirtschaft. Gerade metallische Rohstoffe werden nicht ver- sondern gebraucht und stehen am Ende der Lebensdauer der Produkte, in denen sie verbaut sind, wieder zur Verfügung. Während bereits heute die Recyclingquoten in Deutschland zu den höchsten weltweit zählen, gibt es bei Rohstoffen für Zukunftstechnologien noch erhebliche Defizite und etliche Tonnen gehen durch Nicht-Recycling verloren. Um hier weiter Fortschritte beim **Schließen von Stoffkreisläufen** machen zu können, muss die Kreislauffähigkeit noch viel mehr als bisher bereits im Produktdesign, ganz am Anfang der Wertschöpfungskette angelegt werden.

Es gilt, leistungsfähige Recyclingkreisläufe aufzubauen. In Produkten verbaute Materialien können mit einer geeigneten Recyclinginfrastruktur wiederverwendet werden. Der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette muss umgehend realisiert werden. Besonders bei Rohstoffen für Zukunftstechnologien können so Abhängigkeiten verringert werden. Notwendig sind **geeignete politische Rahmenbedingungen, die eine Verwendung von Recyclingmaterialien und private Investitionen fördern** und hierfür Rechts- und Planungssicherheit schaffen.

Optimierung und Erforschung von Recyclingprozessen müssen unterstützt werden. Bei vielen Rohstoffen gestaltet sich die Rückgewinnung noch als schwierig. In vielen Bereichen ist Forschungsbedarf vorhanden. Dabei sind Ansätze zur besseren Erfassung, Stoffverfolgung und der Sicherstellung

² Für detailliertere Vorschläge siehe BDI-Initiative Circular Economy (2021): „Sechs Schritte zur zirkulären Wirtschaft. Forderungen der BDI-Initiative Circular Economy für die 20. Legislaturperiode.“, 14. Oktober 2021, abrufbar unter: [Sechs Schritte zur zirkulären Wirtschaft \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu).

der Zuführung zu hochwertigen Recyclingprozessen zu erarbeiten. Zur Optimierung und Erforschung von Recyclingprozessen sollten **Pilotprojekte** in geeigneten Wirtschaftszweigen in enger Abstimmung mit den Unternehmen stärker gefördert werden. **Innovationen** im Bereich strategischer Rohstoffe mit Blick auf Materialien sowie Herstellungs-, Verarbeitungs- und Recyclingprozesse **sollten gefördert werden**. Recycling steht und fällt mit dem Input. Deshalb sind weitere Maßnahmen zur Stärkung des Inputs notwendig.

Das Potenzial der Kreislaufwirtschaft sollte besser genutzt werden. Recyclingrohstoffe schonen Primärressourcen, stärken die Versorgungssicherheit, verlagern Wertschöpfung in die eigene Volkswirtschaft und verringern die Importabhängigkeit der deutschen Industrie bei Rohstoffen. Die Erfassung und Einsteuerung in die Recyclingprozesse müssen weiterentwickelt werden. Es bedarf zusätzlicher rohstoffpolitischer Instrumente für das Schließen von Material- und Produktkreisläufen. **Geschäftsmodelle und gesetzliche Rahmenbedingungen** spielen dabei eine wichtige Rolle. Gegenwärtig wird dabei noch viel Potenzial verschenkt.

3. Weitere Anmerkungen

Inkohärenzen vermeiden

Die Bundesregierung und Europäische Union (EU) müssen aufpassen, dass sie nicht die falschen Rahmenbedingungen setzen. Gesetze zur **Sorgfaltpflicht in der Lieferkette** betonen beispielsweise zu Recht die gestiegene Bedeutung von Risikomanagement und Prävention in der Lieferkette. In der jetzt vorgesehenen Form besteht jedoch die Gefahr, dass Unternehmen bestimmte Länder und Lieferanten nur wegen unkalkulierbarer Haftungsrisiken vorsorglich meiden oder in Ländern, von denen sie stark abhängig sind, mit unlösbaren Konflikten konfrontiert werden. Das erschwert die Diversifizierung. Es geht also um das richtige Augenmaß und die gezielte Unterstützung von Transformationspfaden. Die EU riskiert, den zweiten Schritt zu tun, bevor sie für genügend eigene Kapazitäten und Resilienz sorgt.

Auch wenn drei Lithiumsalze von der Europäischen **Chemikalienagentur** ECHA als "gefährlich" eingestuft und Bergbauaktivitäten innerhalb der EU-**Taxonomie** als "nicht nachhaltig" deklariert würden, wäre das Ziel integrierter Wertschöpfungsketten in Europa wohl nicht erreichbar.

Abwägung der Vor- und Nachteile der Instrumente

Wenn die EU und die Bundesregierung es mit einer strategischen Rohstoffpolitik ernst meinen, müssen sie auch für ausreichende Förderinstrumente sorgen. Neben den bereits erwähnten Instrumenten (De-Risking, Investitionsfonds etc.) sollten die **Vor- und Nachteile verschiedener Instrumente**, die derzeit sowohl im Rahmen der Konsultation zu einem EU Critical Raw Materials Act als auch möglichen Eckpunkten der Bundesregierung zur Rohstoffversorgung entworfen werden, **sorgfältig analysiert und offene Fragen zu verschiedenen Optionen einer potenziellen Umsetzung mit der Industrie diskutiert werden.**

Der BDI befürwortet beispielsweise **steuerliche Anreize für die Rohstofflagerhaltung auf Unternehmensebene** bzw. die Aufhebung der derzeitigen steuerbilanziellen Benachteiligung. Durch eine Anpassung der Steuergesetzgebung, konkret eine **Rohstoffbevorratungsrücklage**, könnte der Nachteil behoben werden. Die Bildung einer solchen Bilanzposition ermöglicht den sofortigen Betriebsausgabenabzug, ohne dass es über die Gesamtperiode zu einer Minderung des Steueraufkommens kommt. Sollte eine strategische Lagerung im Verteidigungssektor in Betracht gezogen werden, sollten Fragen der Logistik sowohl für strategische Rohstoffe als auch für Komponenten einbezogen werden.

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Ansprechpartnerin

Anne Lauenroth
Senior Managerin Rohstoffpolitik
Abteilung Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und
Raumfahrt
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
a.lauenroth@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 1694

